

Februar 2023

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Sorgen um sicherheitspolitische und wirtschaftliche Folgen des Ukraine-Krieges weiter präsent.....	5
Sympathien für langfristige Mitgliedschaften der Ukraine in EU und NATO.....	6
Kritik am Berliner Ukraine-Kurs, Zuspruch in den Reihen von SPD und Grünen.....	7
Leopard-Entscheidung: für 39 Prozent Fehler, für 52 Prozent nicht.....	8
58 Prozent fordern mehr diplomatische Anstrengungen Deutschlands.....	9
Gesunkenes Vertrauen in Bundeswehr.....	10
Politikerzufriedenheit: Zuspruch für Pistorius.....	11
Mehrheit der Deutschen in Distanz zur AfD.....	12
Sonntagsfrage: Union weiter vorn, SPD zieht an Grünen vorbei.....	13
Studieninformation.....	15

Zusammenfassung

Am 24. Februar vergangenen Jahres begann Russland mit seinem Angriff auf die Ukraine. Auch wenn die Betroffenheit mit Kriegsausbruch größer war, gelten die Sorgen der Deutschen nach wie vor in erster Linie den Menschen vor Ort. Zugleich machen sie sich weiter Gedanken um die sicherheitspolitischen Folgen. Eine mögliche Ausweitung russischer Angriffe auf weitere Länder bewegt sechs von zehn. Ähnlich viele teilen Bedenken, dass Deutschland direkt in den Krieg hineingezogen werden könnte. Schließlich treibt der Krieg weiter Besorgnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Die Frage der Einbindung der Ukraine in bestehende Bündnisse bestimmt die Debatten um eine tragfähige europäische Sicherheitsarchitektur nicht erst seit Kriegsausbruch. Sie hat mit dem Krieg aber an Aktualität gewonnen. Trotz rückläufiger Zustimmung stehen die Deutschen einer langfristigen Aufnahme der Ukraine in die EU weiter positiv gegenüber. Eine NATO-Mitgliedschaft überzeugt zumindest auf lange Sicht jeden Zweiten. 2014, im Jahr der russischen Krim-Annexion, schied eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine für eine Mehrheit noch grundsätzlich aus.

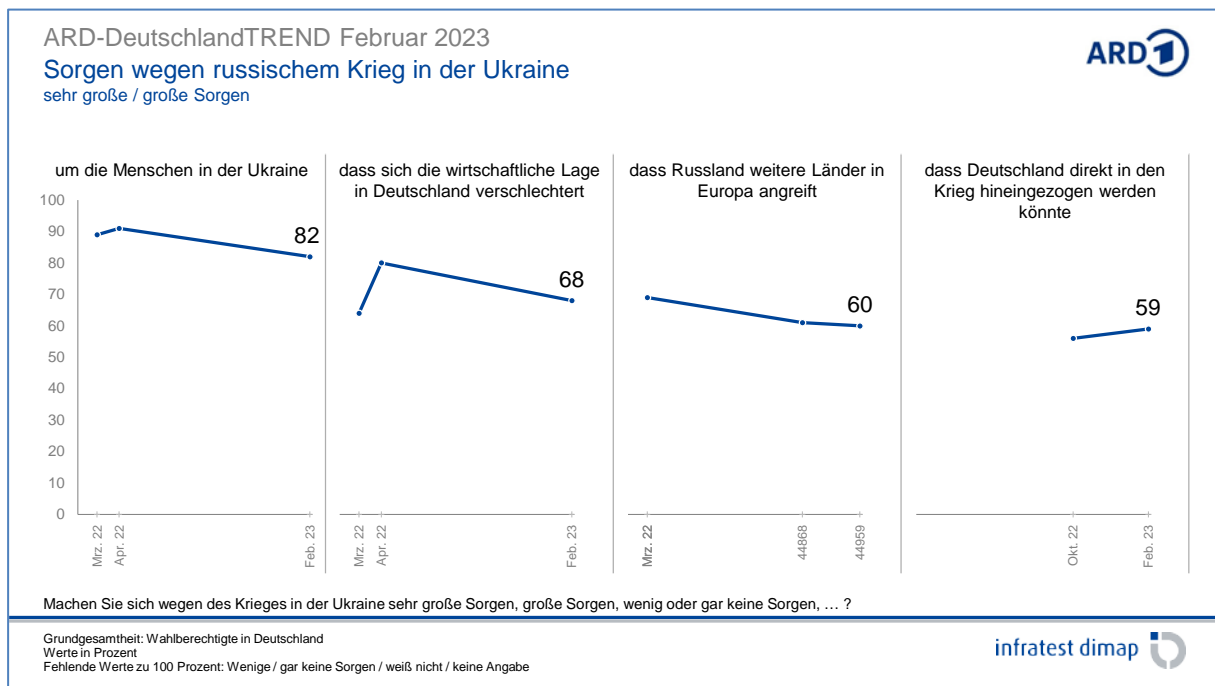
Der Ukraine-Krieg bestimmt seit nunmehr einem Jahr die Debatte in Deutschland. Wie mit ihrer Regierungsarbeit insgesamt tut sich die Ampel auch mit ihrem Ukraine-Kurs schwer in der Bevölkerung. Auch aktuell äußern sich sechs von zehn kritisch. Die jüngste Entscheidung zu Leopard-Lieferungen findet eher Zuspruch als Ablehnung. Die Panzer-Entscheidung kommt Kritikern der Ampel, denen Waffenlieferungen bisher nicht ausreichend waren, entgegen. Während ihr Anteil sinkt, steigt die Zustimmung zu Ausmaß und Qualität deutscher Waffenhilfen auf einen neuen Höchstwert. Allerdings ist mit dem Leopard-Beschluss zugleich auch die Zahl derer gewachsen, die das Niveau der Waffenlieferungen nunmehr als zu weitgehend empfinden. Stabiler fällt die Haltung zu den Russland-Sanktionen aus. Nur ein knappes Fünftel lehnt bestehende Maßnahmen als zu weitgehend ab, während weitergehende Schritte fast vier von zehn einfordern. Deutlich mehr Anstrengungen wünschen sich die Deutschen aber weiterhin vor allem auf diplomatischem Terrain.

Mit dem Ukraine-Krieg wird in vielen Staaten über die eigenen militärischen Fähigkeiten kritisch diskutiert. Das Gesamtbild der Deutschen von ihren Streitkräften fällt erkennbar schlechter aus als früher. Nur ein gutes Drittel spricht derzeit der Bundeswehr ihr Vertrauen aus. Ausrüstungsfragen spielen hierbei eine wichtige Rolle. Nur 8 Prozent glauben, dass die Bundeswehr für ihren Auftrag ausreichend ausgestattet ist. Lediglich 38 Prozent vertrauen darauf, dass die Bundeswehr mit ihren Bündnispartnern derzeit einen Angriff auf das NATO-Territorium abwehren könnte. Aber auch Fragen der inneren Führung beeinträchtigen die Wahrnehmung der Truppe. So bezweifeln 60 Prozent, dass in den eigenen Reihen angemessen gegen rechtsextremes Gedankengut vorgegangen wird. Allerdings scheint die Neubesetzung im Verteidigungsressort bei vielen positive Erwartungen bezüglich der Bundeswehr zu wecken. Einen größeren Zuspruch als Boris Pistorius erzielen momentan allein Außenministerin Baerbock, Wirtschaftsminister Habeck und Kanzler Scholz.

Am 06. Februar 2013 wurde die AfD gegründet. Eine Mehrheit blickt kritisch auf die Partei: Knapp zwei Drittel äußern ihr Unbehagen darüber, dass sie im Bundestag vertreten ist. Vor allem ihre weltanschauliche Position bereitet vielen Probleme. Nach Ansicht von 75 Prozent setzt sich die AfD nicht genug von rechtsextremen Positionen ab. Für 58 Prozent ist damit eine parlamentarische Zusammenarbeit der anderen Bundestagsparteien mit ihr ausgeschlossen. Ungeachtet der geäußerten Skepsis ist die AfD mittlerweile im Parteiensystem etabliert. In der aktuellen Sonntagsfrage kommt sie auf 15 Prozent (+/-0) und wäre vierstärkste Kraft. An erster Stelle liegt trotz leichter Einbußen auch im Februar die Union (27 Prozent; -2). Hinter ihr platziert sich erstmals seit April 2022 wieder die SPD mit 20 Prozent (+2). Die Grünen könnten derzeit mit 18 Prozent bei einer Bundestagswahl rechnen (-1). Die FDP hätte 7 Prozent (+1) in Aussicht, die Linke 4 Prozent (-1).

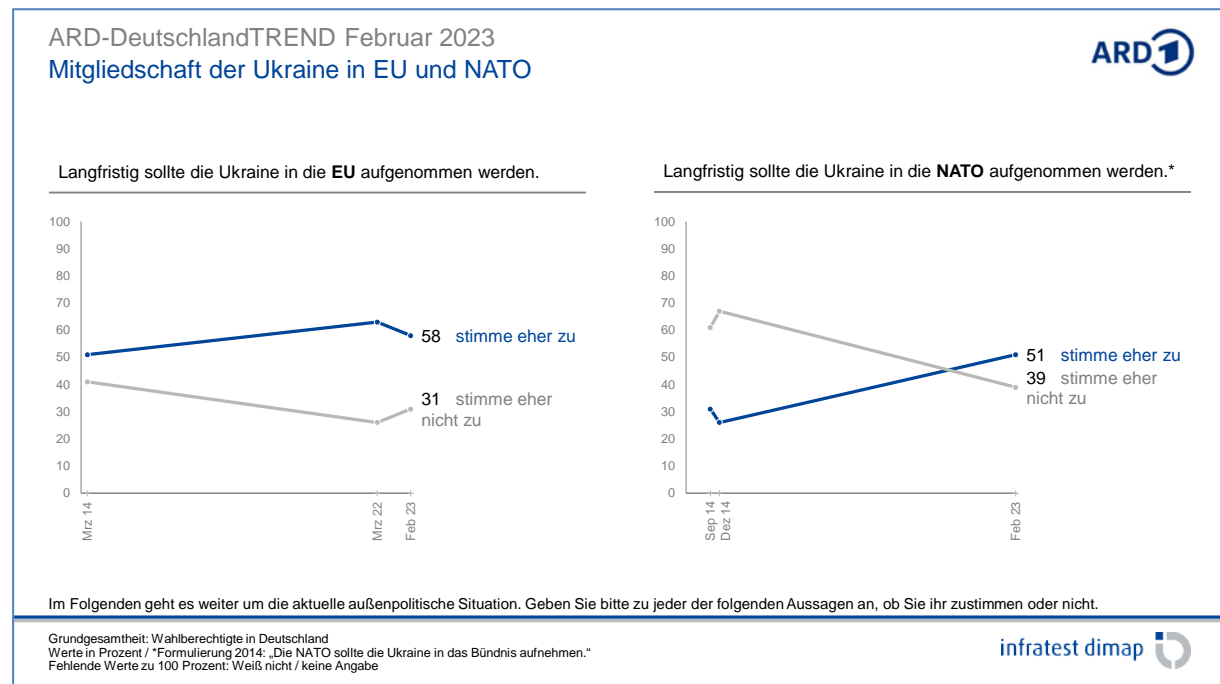
Sorgen um sicherheitspolitische und wirtschaftliche Folgen des Ukraine-Krieges weiter präsent

Am 24. Februar vergangenen Jahres begann der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Auch wenn die Betroffenheit mit Kriegsausbruch größer war, gelten die Sorgen der Bundesbürger nach wie vor in erster Linie den Menschen vor Ort (82 Prozent; -9 zu April). Zugleich machen sich die Deutschen weiterhin Gedanken um die sicherheitspolitischen Folgen der Auseinandersetzung im Osten Europas. Eine mögliche Ausweitung russischer Angriffe auf weitere Nachbarländer bewegt kaum verändert zum Herbst sechs von zehn Bundesbürgern (60 Prozent; -1 zu November). Ähnlich viele teilen Bedenken, dass Deutschland direkt in den Krieg hineingezogen werden könnte (59 Prozent; +3 zu Oktober). Schließlich treibt der Ukraine-Krieg nach wie vor Besorgnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, wenn auch bei weitem nicht mehr so stark wie noch im letzten Frühjahr (68 Prozent; -12 zu April).



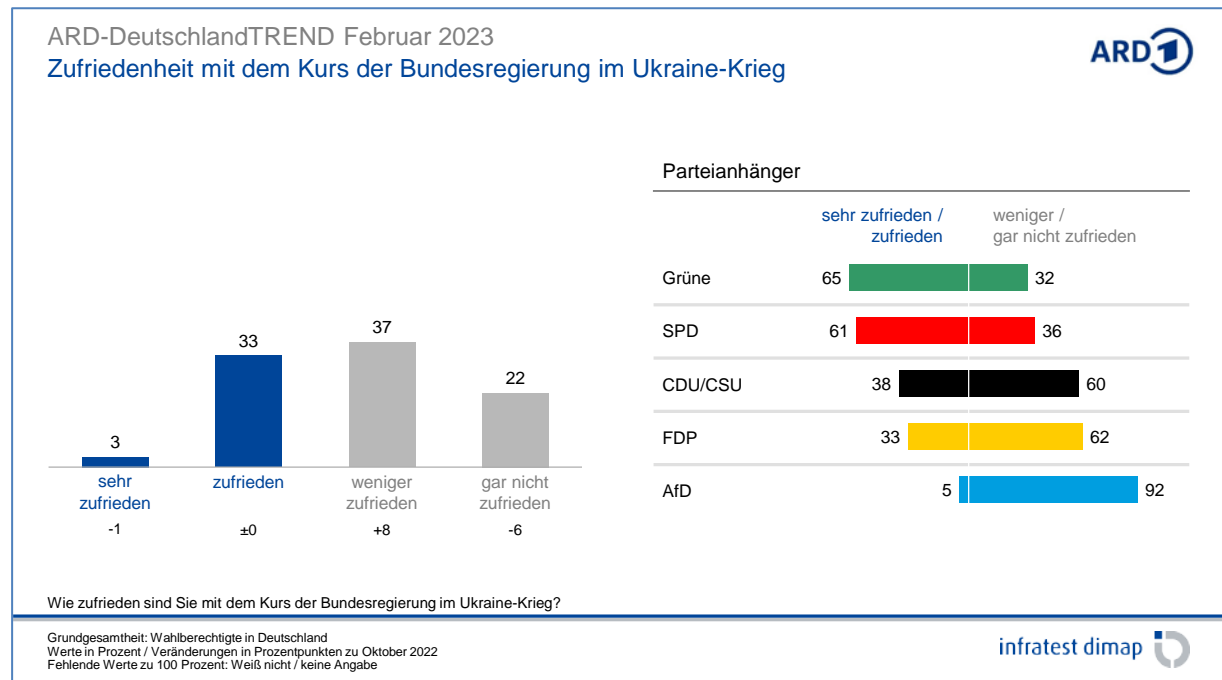
Sympathien für langfristige Mitgliedschaften der Ukraine in EU und NATO

Die Frage der Einbindung der Ukraine in bestehende Bündnisstrukturen bestimmt die Debatten um eine tragfähige Sicherheitsarchitektur in Europa nicht erst seit 2022. Sie hat mit dem russischen Angriff aber an Aktualität gewonnen, im Juni vergangenen Jahres wurde der Ukraine ein offizieller EU-Kandidatenstatus zugewiesen. Trotz leicht rückläufiger Zustimmung stehen die Bundesbürger einer langfristigen Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union weiterhin überwiegend positiv gegenüber (58 Prozent; -5 zu März 2022). Eine NATO-Mitgliedschaft überzeugt zumindest auf lange Sicht jeden Zweiten (51 Prozent). 2014, im Jahr der russischen Krim-Annexion, schied eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine für eine Mehrheit noch grundsätzlich aus.



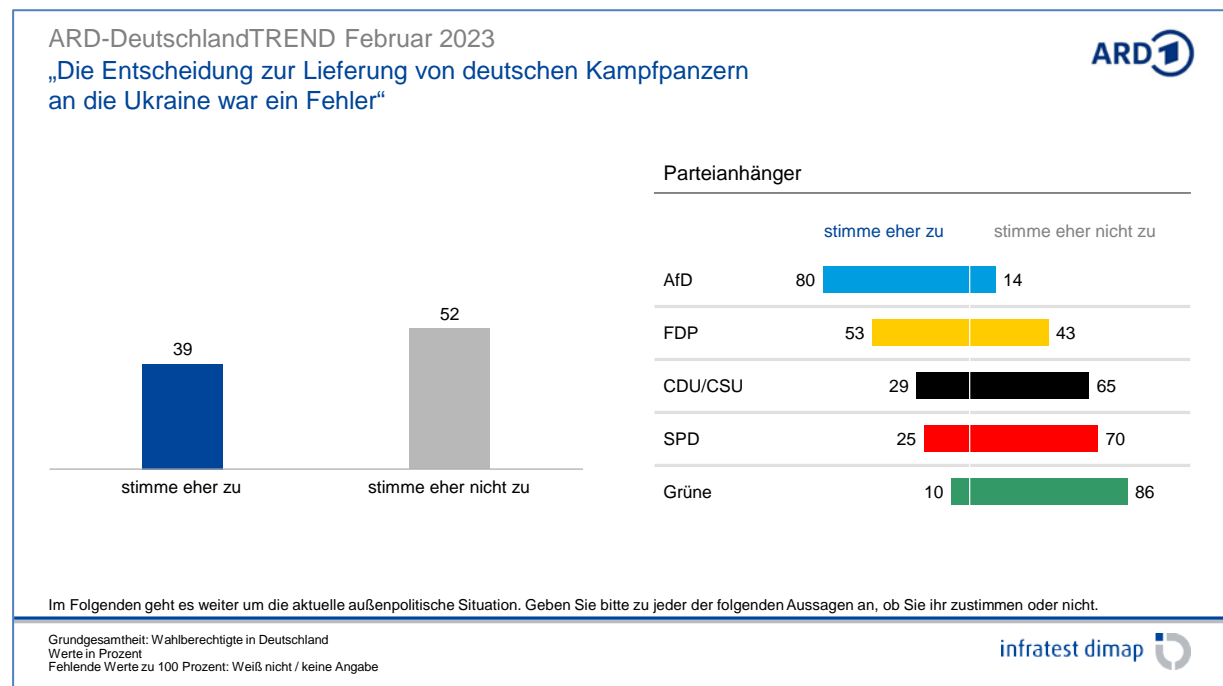
Kritik am Berliner Ukraine-Kurs, Zuspruch in den Reihen von SPD und Grünen

Der Ukraine-Krieg bestimmt seit einem Jahr auch in Deutschland die innenpolitische Debatte. Wie mit ihrer Regierungsarbeit insgesamt – aktuell äußert sich jeder Dritte (33 Prozent; -1 zu Januar) zustimmend – tut sich die Ampel auch mit ihrem Kurs in der Ukraine-Politik gegenüber der Bevölkerung schwer. Über die Zeit unverändert ist ein gutes Drittel (36 Prozent; -1 zu Oktober) zufrieden mit der Berliner Ukraine-Politik, während sich sechs von zehn (59 Prozent; +2) negativ äußern. Unter den Anhängern von Grünen und SPD stößt die Berliner Ukraine-Politik aktuell allerdings mehrheitlich auf Wohlwollen. Dagegen fällt die Kritik in den Reihen der in Berlin mitregierenden Liberalen ähnlich stark aus wie unter den Anhängern der oppositionellen Union. Die deutlichste Ablehnung erfährt der Ampel-Kurs im Ukraine-Krieg allerdings nicht aus den Reihen von FDP und Union, sondern von den Anhängern der AfD.



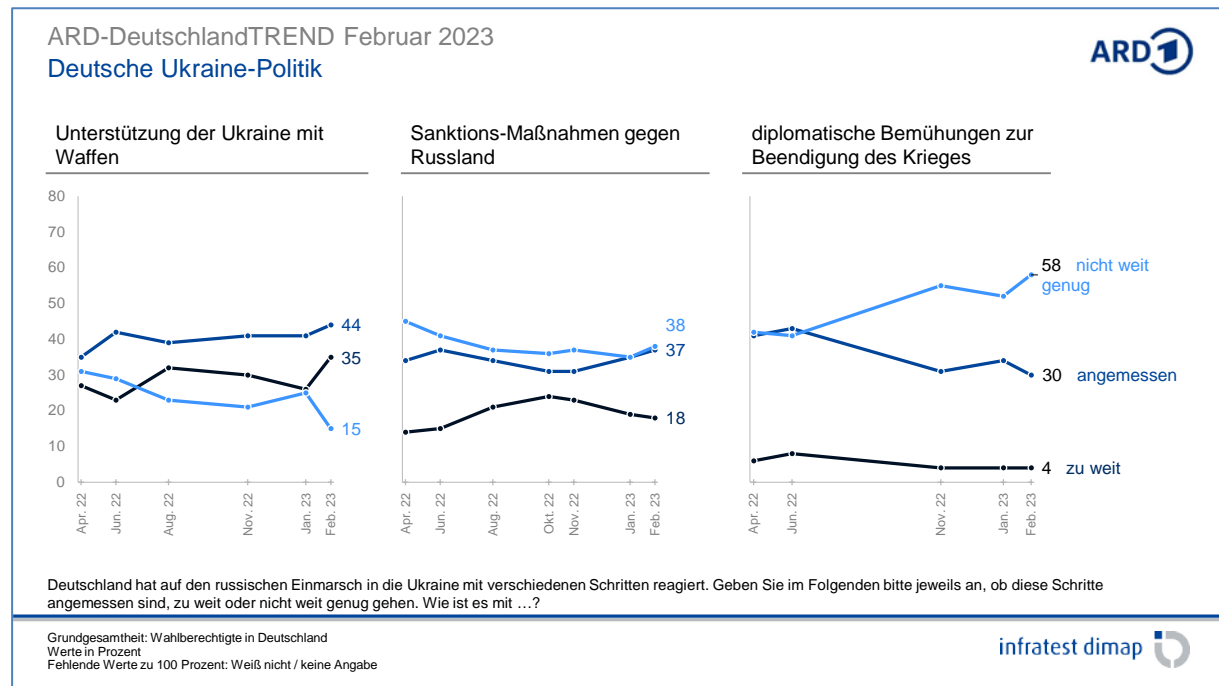
Leopard-Entscheidung: für 39 Prozent Fehler, für 52 Prozent nicht

Ungeachtet der stabilen kritischen Gesamtbewertung des Ukraine-Kurses: Die jüngste Entscheidung zur Lieferung von Kampfpanzern findet in der Bevölkerung eher Zuspruch als Ablehnung: 39 Prozent werten den Regierungsbeschluss zwar als Fehler, 52 Prozent dagegen nicht. Mehrheitlich überzeugen kann die Ampel-Koalition mit der Leopard-Entscheidung in den eigenen Reihen die Anhänger von Grünen und SPD, aus der Opposition aber auch die der Union. Das Urteil der FDP-Anhänger fällt dagegen gespalten aus. Deziidiert ablehnend äußern sich wiederum vor allem die Wähler der AfD.



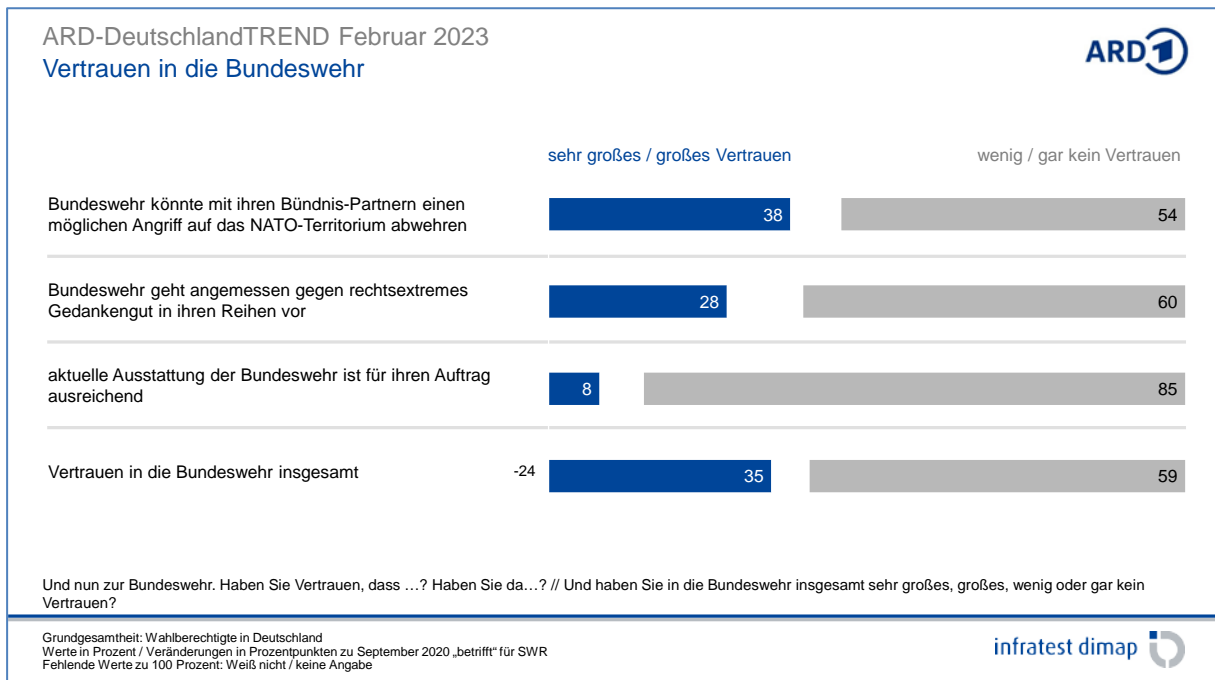
58 Prozent fordern mehr diplomatische Anstrengungen Deutschlands

Die Panzer-Entscheidung der Ampel-Koalition kommt Kritikern, denen die deutschen Waffenlieferungen bisher nicht ausreichend waren, sichtlich entgegen. Während ihr Anteil auf 15 Prozent (-10 zu Januar) sinkt, erreicht die Zustimmung zu Ausmaß und Qualität deutscher Waffenhilfen mit 44 Prozent (+3) einen neuen Höchstwert. Allerdings ist mit dem Leopard-Beschluss zugleich auch die Zahl derer gewachsen, die das Niveau der Waffenlieferungen nunmehr als zu weitgehend empfinden (35 Prozent; +9). Stabiler ist die Haltung der Bundesbürger zu den Russland-Sanktionen. Wie im Vormonat lehnt nur knapp jeder Sechste (18 Prozent; -1) bestehende Maßnahmen als zu weitgehend ab. Ein gutes Drittel (37 Prozent; +2) hält sie für angemessen, während weitergehende Sanktions-Schritte (38 Prozent; +3) fast vier von zehn einfordern. Deutlich mehr Anstrengungen wünschen sich die Deutschen aber vor allem auf diplomatischem Terrain. Sechs von zehn (58 Prozent; +6), so viele wie noch nie, gehen diese nicht weit genug, nur 30 Prozent (-4) betrachten sie als angemessen.



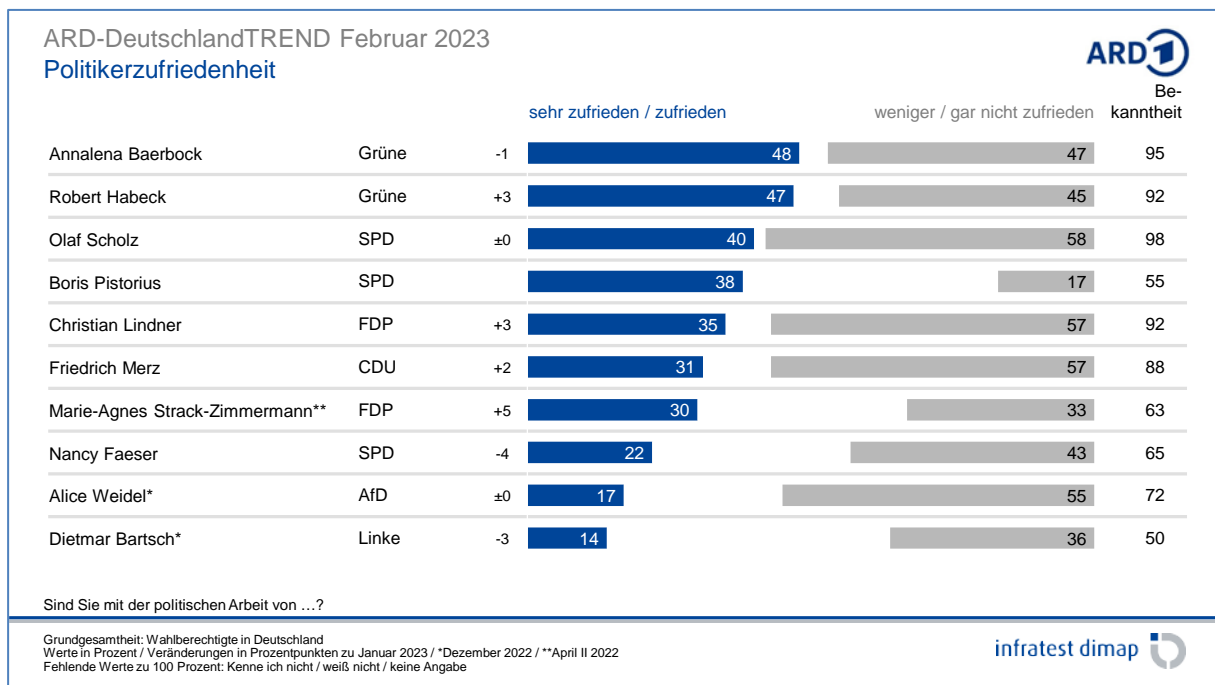
Gesunkenes Vertrauen in Bundeswehr

Mit dem Krieg in der Ukraine wird in vielen Staaten über die eigenen militärischen Fähigkeiten kritisch diskutiert, auch in Deutschland. Das aktuelle Gesamtbild der Bundesbürger von ihren Streitkräften fällt erkennbar schlechter aus als in früheren Jahren. Nach 59 Prozent im September 2020 spricht derzeit nur noch ein gutes Drittel (35 Prozent) der Bundeswehr ihr Vertrauen aus. Ausrüstungsfragen spielen hierbei eine wichtige Rolle. Gerade einmal 8 Prozent bauen momentan darauf, dass die deutsche Armee für ihren Auftrag ausreichend ausgestattet ist. Lediglich 38 Prozent äußern Vertrauen, dass die Bundeswehr mit ihren Bündnispartnern derzeit einen möglichen Angriff auf das NATO-Territorium abwehren könnte. Aber auch Fragen der inneren Führung beeinträchtigen die Wahrnehmung der Truppe. So bezweifeln 60 Prozent, dass in den eigenen Reihen angemessen gegen rechtsextremes Gedankengut vorgegangen wird.



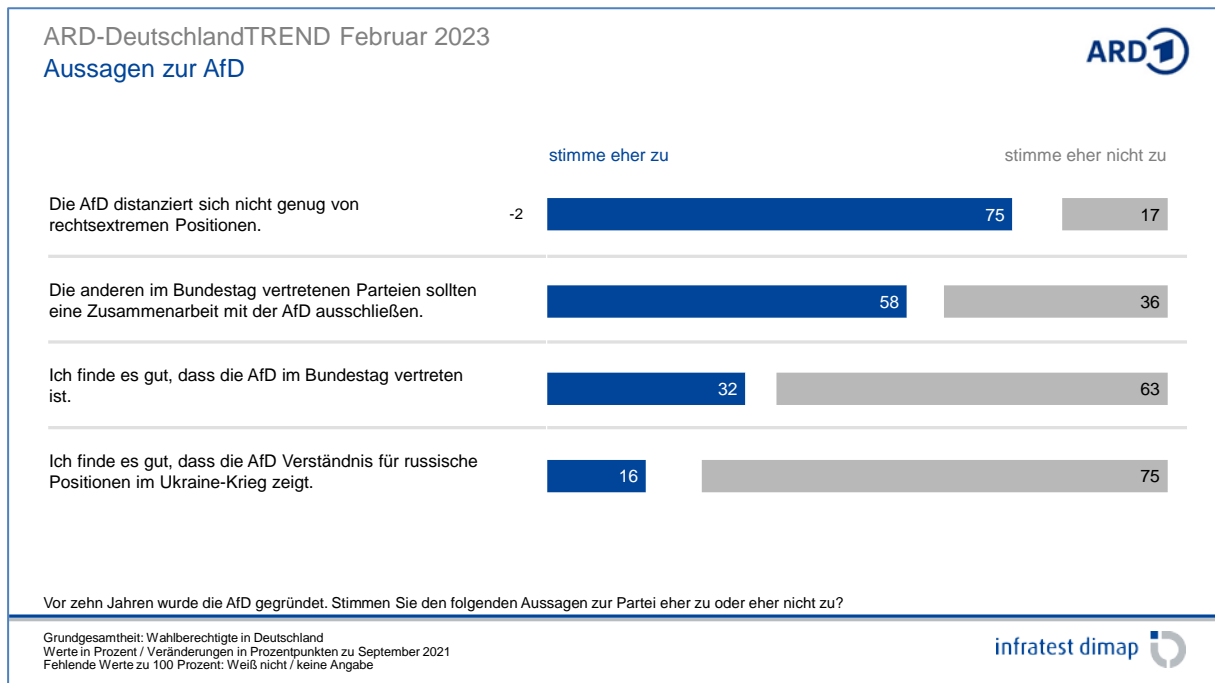
Politikerzufriedenheit: Zuspruch für Pistorius

Erwartungen auf positive Veränderungen in der Bundeswehr scheint bei vielen Bundesbürgern die Neubesetzung im Verteidigungsressort zu wecken. Zur Person von Boris Pistorius äußern sich mit Amtsantritt 38 Prozent positiv. Nur Außenministerin Annalena Baerbock (48 Prozent; -1 zu Januar), Wirtschaftsminister Robert Habeck (47 Prozent; +3) und Bundeskanzler, Olaf Scholz (40 Prozent; +/- 0) erreichen momentan einen größeren Zuspruch in der Bevölkerung. Hinter Pistorius folgen im Bevölkerungsurteil FDP-Finanzminister Christian Lindner (35 Prozent; +3) sowie Unions-Oppositionsführer Friedrich Merz (31 Prozent; +2). Marie-Agnes Strack-Zimmermann, profilierte Streiterin für eine relevante militärische Unterstützung der Ukraine, wird von 30 Prozent (+5 zu April) positiv bewertet. Sie liegt damit deutlich besser als SPD-Innenministerin Nancy Faeser (22 Prozent; -4). Auf den hinteren Rängen platzen sich die Fraktionsvorsitzenden von AfD und Linkspartei, Alice Weidel (17 Prozent; +/-0 zu Dezember) und Dietmar Bartsch (14 Prozent; -3 zu Dezember).



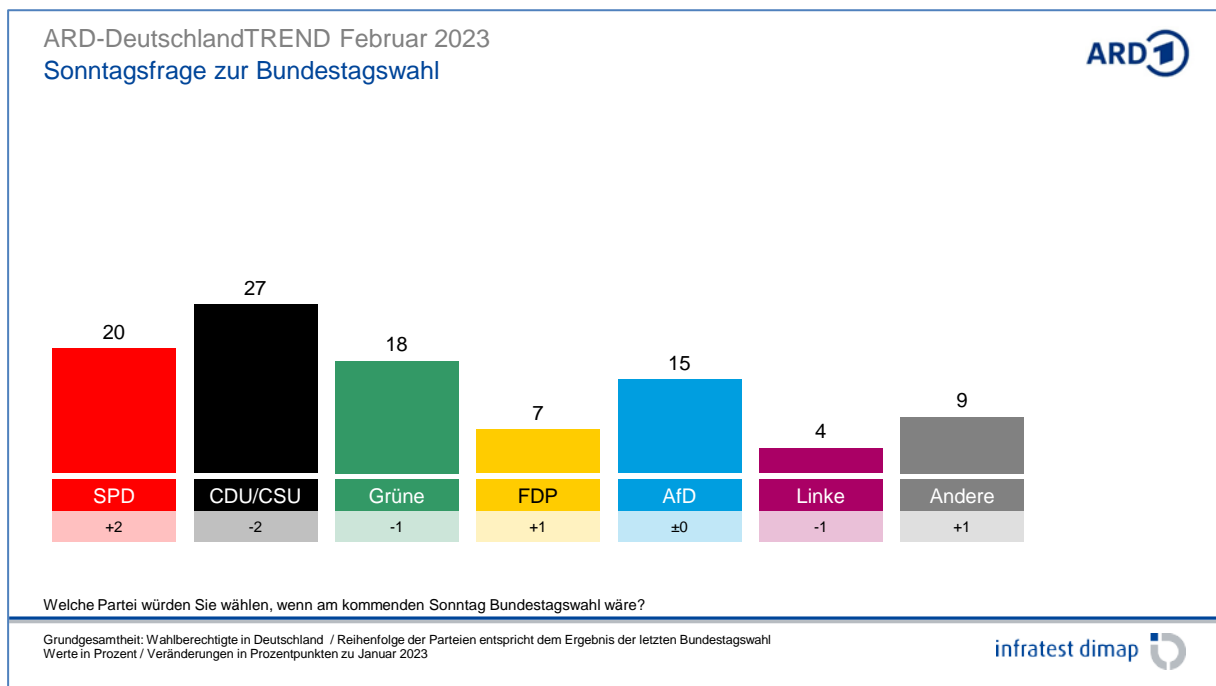
Mehrheit der Deutschen in Distanz zur AfD

Am 06. Februar 2013 wurde die AfD gegründet. Blieben in ihrem Gründungsjahr größere Wahlerfolge für die Partei aus, zog sie nachfolgend in alle Landesparlamente ein. Aktuell ist sie in 15 Ländern parlamentarisch vertreten, seit 2017 zudem durchgehend im Bundestag. Die Mehrheit der Wahlberechtigten blickt zehn Jahre nach Gründung skeptisch auf die Partei. Knapp zwei Drittel der Bundesbürger (63 Prozent) äußern ihr Unbehagen darüber, dass die AfD im Bundestag vertreten ist. Vor allem die weltanschauliche Positionierung der Partei bereitet vielen Probleme. Nach Ansicht von 75 Prozent setzt sich die Partei nicht genug von rechtsextremen Positionen ab. Für 58 Prozent ist damit eine parlamentarische Zusammenarbeit der anderen Bundestagsparteien mit der AfD ausgeschlossen. Nach Euro-Skepsis, Migrationskritik und Distanz zu den Corona-Regularien positioniert sich die AfD aktuell mit Verständnis für die russische Position im Ukraine-Krieg. Der Bevölkerungszuspruch hierfür bleibt mit 16 Prozent allerdings begrenzt. Auch im Osten, wo die AfD auf durchgehend deutlich größeren Zuspruch trifft, zollt ihr hierfür nur jeder Vierte (25 Prozent) Beifall.



Sonntagsfrage: Union weiter vorn, SPD zieht an Grünen vorbei

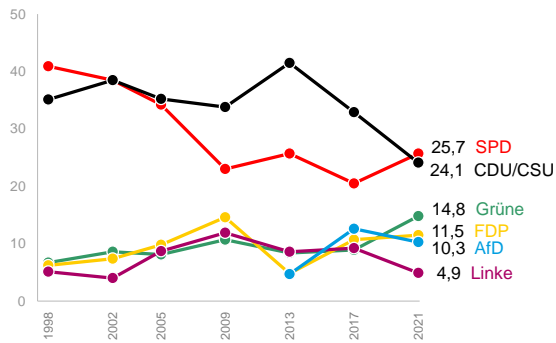
Ungeachtet der ihr mehrheitlich entgegengebrachten Skepsis ist die AfD im bundesdeutschen Parteiensystem mittlerweile etabliert. In der bundespolitischen Stimmung kommt sie momentan auf 15 Prozent (+/-0) und wäre damit vierstärkste Kraft. An erster Stelle liegt trotz leichter Einbußen auch im Februar die Union (27 Prozent; -2). Hinter ihr liegt erstmals seit April 2022 wieder die SPD mit 20 Prozent (+2). Die Grünen könnten bei einer Bundestagswahl derzeit mit 18 Prozent rechnen (-1). Die FDP hätte 7 Prozent (+1), die Linke 4 Prozent (-1) in Aussicht. Die übrigen Parteien kämen zusammen auf 9 Prozent (+1).



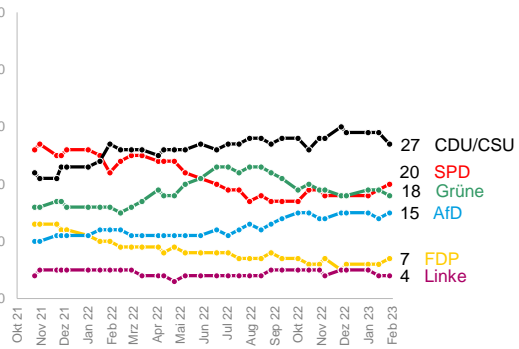
ARD-DeutschlandTREND Februar 2023
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



Umfrageergebnisse seit Bundestagswahl 2021



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND Februar 2023

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Redaktion WDR	Ellen Ehni / Christian Basl	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- (davon 60 Prozent Festnetz, 40 Prozent Mobilfunk) und Online-Befragung	
Fallzahl	1.328 Befragte (868 Telefoninterviews und 460 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	30. Januar bis 01. Februar 2023	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0